

industriAll 16/2013

Entschließung des Ausschusses Unternehmenspolitik

„Stärkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte auf europäischer Unternehmensebene“

(verabschiedet vom 2. industriAll Europe-Exekutivausschuss

Brüssel, 12.-13. Juni 2013)

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich in vernichtender Weise auf die Industrie- und Produktionsbasis Europas ausgewirkt und viele Industrieunternehmen hart getroffen. Der Zusammenbruch der Industrieproduktion führte zu erheblichen Restrukturierungen, die entweder notwendig waren oder für die die Krise als Vorwand diente. Sie zogen schwerwiegende Folgen für die Beschäftigten und die Gesellschaft nach sich.

Obwohl zu Beginn der Krise in vielen Ländern und Unternehmen befristete Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze getroffen wurden, waren diese leider nur teilweise erfolgreich. In der Folge gingen viele Arbeitsplätze verloren. Die Arbeitslosenquoten steigen in vielen europäischen Ländern weiterhin und erreichen beispiellose Werte.

Die Gewerkschaften wurden mit den Konsequenzen der Krise in den Unternehmen, sowohl auf lokaler wie auch länderübergreifender Ebene, direkt konfrontiert. Ihre Anstrengungen und Versuche, europäische Antworten vorzulegen, wurden durch die schlechte Koordinierung der von den verschiedenen europäischen Regierungen verfolgten Anti-Krisen-Maßnahmen in keiner Weise gefördert.

Viele Unternehmen nutzten die Krise als Vorwand, um Beschäftigungsstrategien zu beschließen und zu verfolgen, die eine Situation schaffen, in der Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Dies führte zu einer starken Zunahme der prekären Beschäftigung, zum Überhandnehmen der Auftragsvergabe an Subunternehmen und zu massiver Beschäftigungsunsicherheit. Bestimmte Krisenpraktiken avancieren zum Nachkrisen-Managementmodell. Dies verstärkt das Gefühl der Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft und bedroht durch eine Verschärfung der Ungleichheiten den sozialen Zusammenhalt.

Angesichts der aktuellen Situation muss die industriAll-Unternehmenspolitik auf einem strategischeren Ansatz gründen, um die Interessen und Arbeitsplätze der Arbeitnehmer in ganz Europa zu verteidigen und soziale Demokratie am Arbeitsplatz zu fördern. Ziel des industriAll-Ausschusses Unternehmenspolitik ist es, sicherzustellen, dass Unternehmen, die strategische Entscheidungen treffen und hierdurch Arbeitsplätze abbauen oder Arbeitsbestimmungen und -bedingungen attackieren, sich einer synchronisierten europäischen Antwort der Gewerkschaften stellen müssen. Die Koordinierung der Gewerkschaften auf europäischer Ebene ist von zentraler Bedeutung. Das gegenwärtige Umfeld der industriellen Beziehungen in Europa ist nicht förderlich für Gewerkschaften. Daher ist es unbedingt notwendig, im Rahmen der industriAll-Unternehmenspolitik

International Trade Union House (ITUH) - Boulevard du Roi Albert II 5 (bte 10) - B-1210 Brussels
Tel: +32 (0)2/226 00 50 info@industrial-europe.eu www.industrial-europe.eu

auf strategische Weise einen koordinierten Ansatz zu entwickeln, indem vorhandene Chancen, Ressourcen und die Gesetzgebung genutzt werden. Im Besonderen wird in der industriAll-Unternehmenspolitik der Fokus auf die Neufassung der EBR-Richtlinie gerichtet. Dabei werden wir die neue Rechtsvorschrift voll ausschöpfen, um EBR zurückzugewinnen und die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen.

Die Unternehmenspolitik ist einer der zentralen Politikbereiche der industriAll European Trade Union. Sie ist das Bindeglied zu über 500 großen Unternehmen und ihren Gewerkschaftsvertretern in allen unseren Industriesektoren. Darüber hinaus wird die industriAll Europe-Unternehmenspolitik durch ihre aktive Rolle bei der Ausarbeitung des Gesellschaftsrechts in Europa auch den tausenden von kleineren Unternehmen gewidmet sein.

1. Einbeziehung der Beschäftigten in multinationalen Unternehmen: Ein zentraler Punkt der industriAll Europe-Strategie zur Verteidigung der Interessen der Beschäftigten

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Notwendigkeit eines neuen Modells der Corporate Governance aufgezeigt, das den Beschäftigten mehr Möglichkeiten zur Beeinflussung der Unternehmensstrategie einräumt und Exzesse des Finanzkapitalismus, die die langfristige Unternehmensentwicklung schwächen, verhindert. Die industriAll Europe-Unternehmenspolitik wird weiterhin darauf abzielen, die Einbeziehung der Beschäftigten in Unternehmen zu unterstützen und zu fördern, und zwar durch die maximale Nutzung der Möglichkeiten, die die Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung bereithalten. Durch die Neufassung der EBR-Richtlinie wurde eine Möglichkeit geschaffen, dafür zu sorgen, dass dieses Ziel erreicht wird. Wir müssen diese Chance ergreifen und umfassend nutzen. Ebenso hat das Statut der Europäischen Gesellschaft in jüngster Zeit dazu geführt, dass die Mitwirkungsrechte in einigen multinationalen Unternehmen auf die Agenda gesetzt wurden.

Europäische Betriebsräte: Das Potential der neuen Richtlinie 2009/38/EG voll ausschöpfen

Beratung und Unterstützung neuer und bestehender EBR zählen zu den Haupttätigkeiten von industriAll Europe, da EBR den Zugang zu den größten Industrieunternehmen ermöglichen. Die Abstimmung zwischen den EBR und der allgemeinen industriAll Europe-Politik wird ausgebaut und verstärkt werden.

industriAll Europe verpflichtet sich, die Stärkung der Rechte auf Unterrichtung und Anhörung sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene aktiv zu fördern. Wenn wir unseren Einfluss in den multinationalen Unternehmen vergrößern wollen, ist es insbesondere entscheidend, das Potenzial der EBR auszubauen und sicherzustellen, dass die Rechte auf Unterrichtung und Anhörung auf europäischer Ebene in einer koordinierteren Art und Weise wahrgenommen werden.

Durch die Verabschiedung der neuen EBR-Richtlinie wurden Möglichkeiten geschaffen, die Befugnisse der EBR und ihre Effektivität zu stärken. Sie schafft neue Rechte für mehr Einfluss auf industrielle und strategische Entscheidungen, zur Verteidigung der Beschäftigung und zur besseren Antizipation des Wandels. Im Rahmen der industriAll-Unternehmenspolitik wird eine umfassende Strategie ausgearbeitet, um dafür zu sorgen, dass alle neuen EBR-Verhandlungen die sich aus der

Richtlinie 2009/38/EG ergebenden Verpflichtungen erfüllen und jeder bestehende EBR von den Verbesserungen durch die neue Richtlinie profitiert.

Die neuen Begriffsbestimmungen von Unterrichtung und Anhörung und die klare Verordnung der Verknüpfung der nationalen und europäischen Unterrichts- und Anhörungsprozesse stellen eine Gelegenheit dar, unseren Einfluss auf die Strategie multinationaler Unternehmen zu stärken und die EBR besser im nationalen System der Arbeitnehmervertretung zu verankern. Mit diesen neuen Definitionen muss die Antizipation des Wandels Teil des täglichen Geschäfts für die EBR und die Gewerkschaften auf europäische Ebene werden.

Stärkung der EBR-Koordinierung

Die industriAll Europe-Koordinatoren stehen im Zentrum der industriAll Europe-Politik zur Begleitung und Stärkung der gewerkschaftlichen Dimension der EBR. Trotz der zunehmenden Anerkennung ihrer Rolle sind wir der Ansicht, dass ihre Tätigkeit und ihre Effizienz einer Bewertung unterzogen werden müssen, um die Entwicklung der EBR anzuleiten und als Motor eines wirklichen europäischen Ansatzes zu wirken. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen wird industriAll auch weiterhin die Rolle der industriAll Europe-Koordinatoren unterstützen. Sie wird Schulungen fördern und Informationen zu den EBR-Tätigkeiten sowie der allgemeinen industriAll Europe-Politik verbreiten.

Eine weitere unterstützende Maßnahme wird die Integration bestehender Datenbanken sein.

Unterstützung und Verbesserung der EBR-Arbeit durch Schulung

Schulung ist ein Schlüsselinstrument zur Stärkung der Rolle der EBR. In diesem Zusammenhang bietet das neue durch die Richtlinie 2009/38/EG eingeführte Recht auf Schulung eine neue Möglichkeit für die Unterstützung und den Ausbau der Rolle der EBR. Im Rahmen der industriAll-Unternehmenspolitik werden wir versuchen, eine schlüssige und dynamische EBR-Schulungsstrategie auszuarbeiten, bei der die neuen, sich aus der Neufassung der EBR-Richtlinie ergebenden Rechte bestmöglich genutzt werden.

Mit spezialisierten Instituten wie dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut und anderen gewerkschaftlichen Institutionen wird eine verstärkte Zusammenarbeit aufgebaut.

Europäische Betriebsräte: ein Instrument zum Anstoß des Sozialdialogs

Bei der IndustriAll-Unternehmenspolitik wird weiterhin großes Augenmerk auf die Entwicklung von Initiativen gelegt, die positive Impulse für den sozialen Dialog in multinationalen Unternehmen setzen. Dabei werden die von den EBR entwickelten bewährten Verfahren gefördert, insbesondere bezüglich sozialer Verantwortung der Unternehmen, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Chancengleichheit, beruflicher Bildung usw.

Förderung der Beteiligung in den Entscheidungsgremien der Unternehmen

Die Beteiligung in den Entscheidungsgremien der Unternehmen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ist ein Instrument, um den Einfluss der Beschäftigten auf Corporate Governance zu erhöhen und ihre Interessen in den Unternehmen wirkungsvoller zu verteidigen.

Was das Statut der Europäischen Gesellschaft angeht, wird industriAll Europe aktiv für die Festschreibung der Arbeitnehmerbeteiligung in SE eintreten. Der Ausschuss Unternehmenspolitik wird sich, in enger Zusammenarbeit mit den SE-Sachverständigen von industriAll Europe, um die Koordinierung der Vertretungsgremien innerhalb der neuen SE kümmern. Sie wird alles tun, um ein hohes Niveau der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsbeteiligung in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten sicherzustellen. Sie wird Möglichkeiten zur bestmöglichen Abstimmung der verschiedenen Arbeitnehmervertretungsstrukturen ausloten. Außerdem sollte die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitnehmervertretern in den Vertretungsgremien, den Vertretern in den oben genannten Räten und dem Ausschuss Unternehmenspolitik verbessert werden.

2. Antizipation und Bewältigung des Wandels, länderübergreifende Restrukturierung und gewerkschaftliche Koordinierung

Der Wandel muss auf der Unternehmensebene besser antizipiert und bewältigt werden, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen und negative Folgen für die Beschäftigten und die Beschäftigung zu verhindern. industriAll Europe ist der Meinung, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, auch auf europäischer Ebene, um den Übergang zu erleichtern. In diesem Zusammenhang befürwortet sie die Schaffung eines europäischen Rahmens für die Antizipation und Bewältigung des Wandels, der eine sozial verantwortliche Bewältigung des Wandels sicherstellt und Garantien bietet, die es den Beschäftigten ermöglichen, sich dem Wandel anzupassen. Es muss eine Beteiligungsrolle für die Gewerkschaften garantiert werden. industriAll Europe unterstützt die Initiative des Europaabgeordneten Alejandro Cercas diesbezüglich voll und ganz und wird weiterhin mit dem EGB zusammenarbeiten, um dieses Anliegen in eine Gesetzgebungsinitiative der EU-Kommission zu übertragen.

Die Bewältigung des Übergangs zu nachhaltigem Wachstum schließt Investitionen in Technologien und Produkte sowie Investitionen in Menschen durch die Förderung von Strategien für Aus- und Weiterbildung und berufliche Umschulung in einer sozial verantwortungsvollen Weise ein. industriAll unterstützt nachhaltige Corporate Governance und wird die Entwicklungen in dieser Hinsicht verfolgen.

Die EBR sind ein wichtiger Faktor in der industriAll Europe-Unternehmenspolitik. Eine Stärkung ihrer Rolle wird den Beschäftigten helfen, mehr Einfluss auf die langfristige Entwicklung ihrer Unternehmen auszuüben, ihre Interessen besser zu verteidigen und die Anpassung an den Wandel zu erleichtern. In dieser Hinsicht bieten die sich aus der Neufassung der EBR-Richtlinie ergebenden Rechte neue Möglichkeiten für eine bessere Antizipation des Wandels.

Der Ansatz des vorausschauenden Managements von Beschäftigung und Kompetenzen wird den EBR neue Instrumente zur Vorbereitung auf den Wandel bieten und negative Auswirkungen auf die

Beschäftigung eingrenzen. Er wird zudem ihre Position auf nationaler Ebene stärken. industriAll Europe wird die von den EBR und den Unternehmen ergriffenen innovativen Maßnahmen zur Antizipation des Wandels und Unterstützung guter Corporate Governance fördern.

Die Antizipation und Bewältigung des Wandels erfordert auch eine stärkere Interaktion zwischen den EBR und der sektoralen Industriepolitik. Diese Verknüpfung muss in Zukunft ausgebaut und intensiviert werden, insbesondere in Sektoren mit nur einigen wenigen Unternehmen, die eine dominierende Rolle in der europäischen sektoralen Industriepolitik spielen.

Große Herausforderungen für die Zukunft stellen die Anpassung an den Wandel auf den einzelnen Stufen der Wertschöpfungskette sowie die sozial verantwortliche Bewältigung des Wandels dar. Zur Verbesserung der Unterrichts- und Anhörungsprozesse entlang der gesamten Wertschöpfungskette, insbesondere zwischen Generalunternehmern und Zulieferern, müssen innovative Verfahren entwickelt werden.

Die Gründungsorganisationen von industriAll European Trade Union haben Erfahrungen mit verschiedenen länderübergreifenden Betriebsvereinbarungen zur Antizipation und Bewältigung des Wandels gesammelt, die zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und zur Sicherung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer abgeschlossen wurden. Sollte sich in Zukunft die Gelegenheit bieten, wird sich industriAll Europe für den Abschluss weiterer europäischer Rahmenvereinbarungen einsetzen, die auf der Grundlage des industriAll Europe-internen Verfahrens für Verhandlungen von europäischen Betriebsvereinbarungen eine Verhandlungslösung für alle festlegen.

Im Falle länderübergreifender Restrukturierungsmaßnahmen wird sich industriAll Europe für europäische und für alle Seiten faire Lösungen einsetzen. Die bestehenden Leitlinien der Gründungsorganisationen von industriAll Europe hinsichtlich länderübergreifender Restrukturierung von Unternehmen (z. B. 10 Prinzipien für transnationale Restrukturierungen) wird als Orientierung für Maßnahmen von industriAll Europe in diesem Bereich dienen.

Gewerkschaftliche Koordinierungsnetzwerke/-sitzungen

Gewerkschaftliche Koordinierungsnetzwerke/-sitzungen sind für Gewerkschaften auf europäischer Ebene ein wichtiges und notwendiges Instrument, um wirksam auf die Entscheidungen von Unternehmen, einschließlich geplanter länderübergreifender Restrukturierungspläne, zu reagieren. Sie ersetzen die EBR zwar nicht, können jedoch die Rolle der EBR ausformen, stärken und ergänzen. Sie bieten zudem ein ideales Forum, um Solidarität zu praktizieren und zum Ausdruck zu bringen, sowie einen Zugang zur europäischen Ebene für diejenigen industriAll Europe-Mitgliedsorganisationen, die keinen Zugang zu einem EBR haben.

Gewerkschaftliche Koordinierungssitzungen bewirkten, dass eine Reihe guter Initiativen ergriffen wurde (wie z. B. die europäischen Aktionstage), die sich bei länderübergreifenden Restrukturierungen als sehr wirksam erwiesen. Die industriAll Europe-Koordinatoren können

ebenfalls Schlüsselakteure sein, wenn es darum geht, koordinierte Antworten auf europäischer Ebene auszuarbeiten, die die Handlungen der EBR und der Gewerkschaften verbinden.

Die IndustriAll-Unternehmenspolitik wird dazu dienen, diese Sitzungen und Netze auszuweiten, um die koordinierte Gewerkschaftsposition innerhalb der Unternehmen oder Unternehmensgruppen maximal zu stärken. Diese Netze/Sitzungen werden vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Ressourcen organisiert bzw. ausgeweitet.

3. Förderung und Ausgestaltung von Verhandlungen auf europäischer Unternehmensebene mit einem Gewerkschaftsmandat

Aufgrund der positiven Erfahrungen in mehreren Unternehmen in den letzten Jahren wird die IndustriAll Europe die Verhandlungen über europäische Rahmenvereinbarungen fördern. Das interne Mandatsverfahren von industriAll Europe bildet die Grundlage für europäische Verhandlungen mit Unternehmen. Diese Rahmenvereinbarungen tragen auch zur Steigerung der Sichtbarkeit der Gewerkschaften auf europäischer Unternehmensebene bei.

Länderübergreifende Betriebsverhandlungen (über Themen wie Arbeits- und Gesundheitsschutz, Integration junger Arbeitnehmer in die Arbeitswelt, Bewältigung von Restrukturierung, ...) dürfen Branchentarifvereinbarungen nicht schwächen, sondern stützen sich auf diese. industriAll Europe wird danach streben, das Bewusstsein der Koordinatoren und EBR-Vorsitzenden für das interne Mandatsverfahren für Verhandlungen über europäische Rahmenvereinbarungen mit dem Ziel der Harmonisierung der Arbeitsbedingungen nach oben zu steigern. Es wird erwartet, dass dieses Verfahren von den Gewerkschaften auf europäischer Ebene, wann immer möglich, genutzt wird.

Die Arbeit der EU-Kommission hin zu einem rechtlichen Rahmen für länderübergreifende Verhandlungen in multinationalen Unternehmen bildet ein wichtiges Element eines zukünftigen europäischen Systems der industriellen Beziehungen. Im Rahmen dieser Initiative sollten die entsprechenden Rollen der EBR und Gewerkschaften (einschließlich der europäischen Industriegewerkschaften) geklärt werden. Die IndustriAll-Unternehmenspolitik wird weiterhin darauf abzielen, den Standpunkt und die Politik von industriAll Europe zu fördern, und zwar dass Verhandlungen über europäische Betriebsvereinbarungen weiterhin zu den Vorrechten der Gewerkschaften gehören sollten.

4. Förderung der Gewerkschaften und Gewerkschaftsrechte in Unternehmen und EBR

industriAll Europe muss weiterhin Gewerkschaftsaktivitäten in allen Industrieunternehmen entwickeln, insbesondere in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Instrumente wie die EBR, die Vertretung in Aufsichts- oder Verwaltungsräten, Tätigkeit als Verwalter in betrieblichen Fonds zur Altersvorsorge und die Gewerkschaften in den Ländern, in denen sich der Hauptsitz des Unternehmens befindet, müssen genutzt werden, um unser Ziel zu erreichen. Gewerkschaftliche Koordinierungsnetze/-sitzungen sind ebenso von Bedeutung, um Gewerkschaftsrechte und -aktivitäten in multinationalen Unternehmen zu fördern. Sie helfen, einen wirklichen europäischen

Gewerkschaftsansatz im Interesse der gesamten europäischen Belegschaft zu entwickeln. Die Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte muss ein integraler Bestandteil der gewerkschaftlichen Strategie sein, wenn es um Standortverlagerungen geht und über deren soziale Konsequenzen verhandelt wird. Die Gewerkschaftsidentität der EBR muss ebenso gestärkt werden.

Einige Regierungen und Unternehmen haben die Finanzkrise ausgenutzt, um die bestehenden betrieblichen Arbeitnehmerrechte durch das Einbringen und die Verabschiedung von Änderungen in den nationalen Arbeitsgesetzen in Frage zu stellen. industriAll Europe muss diese Absichten genau verfolgen und gemeinsame und solidarische Reaktionen koordinieren.

In enger Zusammenarbeit mit IndustriALL Global Union werden Initiativen zu der Frage ergriffen werden, wie die europäischen Gewerkschaften gemeinsam mit den EBR die uneingeschränkte Umsetzung internationaler Rahmenvereinbarungen – deren primäre Ziele, Bestimmungen und Verpflichtungen die Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen, OECD-Richtlinien, Menschenrechte und Europäischen Sozialcharta betreffen – fördern und sicherstellen können.

Wir werden die von der EU-Kommission und einzelnen Unternehmen ergriffenen Initiativen hinsichtlich der sozialen Verantwortung der Unternehmen beobachten und ggf. fördern.

5. Gesetzgebung für Europäische Gesellschaften und Corporate Governance: Neue Entwicklungen genau verfolgen!

Die Änderungen in der Gesetzgebung für Europäische Gesellschaften und Corporate Governance (Unternehmensführung) stehen für die industriAll Europe fortdauernd im Fokus. 2012 lancierte die EU-Kommission einen Aktionsplan für künftige Initiativen in den Bereichen europäisches Gesellschaftsrecht und Corporate Governance. Für die kommenden Jahre werden Initiativen in drei wesentlichen Aktionsbereichen erwartet: Verbesserung der Transparenz, Stärkung der Akteure und Unterstützung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Diese Initiativen der EU-Kommission und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen werden ganz besondere Aufmerksamkeit von industriAll Europe erfordern. Sie werden Maßnahmen und Initiativen hinsichtlich der Verbesserung der Unternehmensberichterstattung, Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer, Initiativen zu grenzübergreifenden Vorhaben (Verlagerung des Unternehmenssitzes, Verbesserung der Mechanismen für grenzübergreifende Zusammenschlüsse, „intelligente“ Rechtsformen für europäische KMU usw.) beinhalten. Im Rahmen der industriAll Europe-Unternehmenspolitik werden wir diese Initiativen genau verfolgen und, wenn nötig, gemeinsam mit dem EGB hierauf reagieren.

6. Die Unternehmensebene als Plattform für die Umsetzung der industriAll Europe-Politik

Die tägliche Zusammenarbeit mit unseren 530 EBR und mit den größten Unternehmen bietet uns eine Plattform, um die industriAll Europe-Strategien hinsichtlich Industriepolitik, Tarifpolitik, Sozialpolitik, sektorbezogener Anliegen usw. zu diskutieren. Die Verknüpfung der

Unternehmenspolitik mit den anderen Tätigkeitsbereichen von industriAll Europe sollte daher verbessert werden.
